

OGE / Kallenbergstraße 5 / 45141 Essen

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschlusskammer 7
Postfach 80 01
53105 Bonn

Per E-Mail an: LNG-Festlegung@bnetza.de

Stellungnahme zum Festlegungsverfahren BK7-22-060 („ZuLA“)

26.07.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nutzen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme, die Sie uns im Rahmen des am 28. Juni 2022 gestarteten Festlegungsverfahrens BK7-22-060 zur Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen („ZuLA“) eingeräumt haben.

Zunächst möchten wir betonen, dass bei der Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen die Steigerung der Nutzungsattraktivität dieser durch einen möglichst einfachen Zugang stets im Vordergrund stehen sollte. Ziel sollte die Maximierung der durch die LNG-Anlagen bereit gestellten Gasmengen bei optimierter Verteilung über das Fernleitungsnetz sein.

Wir begrüßen in dem Zusammenhang die Bestrebung der BNetzA, einheitliche regulatorische Rahmenbedingungen durch einen transparenten und stabilen Rechtsrahmen für die Kapazitätsvergabe sowie das Kapazitätsmanagement von LNG-Anlagen schaffen zu wollen. Dennoch möchten wir darum bitten folgende Anmerkungen zu berücksichtigen.

1. Klarstellungsbedarf

Für ein besseres Verständnis des vorliegenden Festlegungsentwurfs ist eine Klarstellung folgender Punkte sinnvoll:

- Im Rahmen des Zugangs zu LNG-Anlagen ist nach unserem Verständnis zwischen der Vergabe der Entlade-Slots sowie der Regasifizierungskapazität der LNG-Anlagen zu unterscheiden. Im vorliegenden Festlegungsverfahren wird weitestgehend keine Differenzierung vorgenommen, sodass aus unserer Sicht der Umfang der einzelnen Leistungen nicht vollständig klar abgrenzbar ist. So ist unklar, ob eine Produktdifferenzierung bei gleichen oder unterschiedlichen regulatorischen Vorgaben vorgesehen ist.
- Speicherungen, die über die in § 3 Nr. 26 EnWG erfassten Zwecke zur Wiederverdampfung und Einspeisung in das Fernleitungsnetz hinausgehen, sind laut vorliegendem Entwurf nicht von der Festlegung erfasst. Die mögliche kommerzielle Speichernutzung bleibt somit nach unserem Verständnis von der Festlegung unberührt. Unklar ist in diesem Zusammenhang die genaue Abgrenzung zwischen technisch notwendiger und kommerzieller Speicherfähigkeit der LNG-Anlage. Gilt bspw. das zur Kühlung einer LNG-Anlage notwendige LNG als

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Lincoln Hillier Webb

Geschäftsführer:
Dr. Jörg Bergmann (Sprecher)
Dr. Thomas Hüwener
Dr. Frank Reiners

Sitz: Essen
Amtsgericht Essen HRB 17487

technische Speicherung, obwohl dieses nicht explizit den Zweck der Wiederverdampfung erfüllt? Eine genaue Abgrenzung zwischen technischer und kommerzieller Speicherfähigkeit wäre entsprechend hilfreich.

2. Zu den Bedingungen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement

2.1 Primärvergabe von Kapazitäten

Die Buchungsaufgaben für langfristig Buchende erscheinen weitestgehend nachvollziehbar. Dennoch ist anzumerken, dass das Abstellen auf das in der Gaswirtschaft übliche Gaswirtschaftsjahr aus unserer Sicht sinnvoll erscheint, um harmonisierte Prozesse zur Kapazitätsbuchung im Fernleitungsnetz sicherzustellen. Abweichend hiervon ist im Festlegungsentwurf als Buchungsjahr das Kalenderjahr vorgesehen.

Die transparente und diskriminierungsfreie Vergabe der Entlade-Slots sowie der Regasifizierungskapazitäten sollte mit einfachen Allokationsmechanismen in Orientierung an bereits erprobte Systeme anderer europäischer LNG-Anlagen erfolgen. Falls Auktionen Anwendung finden, ist eine Orientierung an den Auktionsalgorithmen zur Vergabe der Ein- und Ausspeisekapazitäten nach Art. 17 und 18 NC CAM sinnvoll.

2.2 Sekundärvermarktung und Vermeidung von Kapazitätshortung

Eine Sekundärvermarktung sowie die Implementierung eines UIOLI-Verfahrens sind im Interesse aller Stakeholder, um auch im Hinblick auf eine Erhöhung der Versorgungssicherheit eine möglichst hohe Terminalauslastung zu erreichen. Die Übertragung der Kapazitäten sollte hierbei möglichst einfach und effizient gestaltet sein. Hierbei sollte ein im Markt üblicher bilateraler Handel von Kapazitäten möglich sein. Eine erneute zentrale Vermarktung der Sekundärkapazitäten über den LNG-Terminalbetreiber wird hierbei nicht als notwendig angesehen, auch wenn eine informatorische Einbindung des LNG-Terminalbetreibers inkl. möglicher Ablehnung in besonderen Gründen sinnvoll ist.

Im Rahmen des UIOLI-Verfahrens ist klarzustellen, inwiefern dieses auch bei Regasifizierungskapazitäten Anwendung findet, da im vorliegenden Entwurf insbesondere auf die Rahmenbedingungen zur Vergabe von Entlade-Slots eingegangen wird. Die im Festlegungsentwurf vorgesehene Vorlaufzeit von 20 Tagen, mit welcher der Nutzer des Entlade-Slots eine Anlandung ankündigen muss, ist analog zu den bisher bekannten Regelungen von nicht regulierten Terminals (siehe BK7-18-0063 zur Freistellung von der Regulierung für eine mögliche LNG-Anlage am Standort Brunsbüttel) nachvollziehbar.

3. Weitere zu berücksichtigende Gesichtspunkte

3.1 Erwägungen der Beschlusskammer 7 – Punkt 2)

Der Abschnitt III. Punkt 2) (Erwägungen der Beschlusskammer 7) ist mit „Rechte und Pflichten der Netzbetreiber“ überschrieben. Nach unserem Verständnis handelt es sich hierbei um Rechte und Pflichten der LNG-Anlagenbetreiber. Entsprechend sollte der Titel angepasst werden.

3.2 Unbundling von Terminalbetreibern

Zur Sicherstellung eines transparenten und diskriminierungsfreien Betriebs einer LNG-Anlage erscheint die Entflechtung von Handelsgeschehen und Betrieb einer LNG-Anlage sinnvoll. Ein Interessenskonflikt zwischen dem Commodity-Handel und dem Betrieb einer LNG-Anlage sollte vermieden werden.

3.3 Berücksichtigung des Einsatzes von regenerativen Gasen

Wir begrüßen, dass sich die Festlegung auch auf den Einsatz von Gasen, die aus oder unter dem Einsatz regenerativer Energien hergestellt wurden, beziehen soll. Um Klimaschutzgesichtspunkte zu berücksichtigen, erscheint es sinnvoll, dass LNG-Anlagenbetreiber eine Vorbereitung auf dekarbonisierte Gase berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Open Grid Europe GmbH

